

# DIE REALE „WESTLICHE WELT“

von Ralph Bärlichea

**E**ine Analyse der Wirkmechanismen des staatlichen Steuer- und Zentralbanksystems im Rahmen ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und deren Auswirkung auf die Freiheit und den Wohlstand der Nationen sowie den weiteren Verlauf der Weltwirtschaftskrise in Hinblick auf mögliche Investitionsentscheidungen.

Bereits im vergangenen Jahr habe ich in der Titelstory für die August-Ausgabe 2010 der Zeitschrift Smart Investor die Ursachen und Folgen der so genannten Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise aus Sicht der Österreichischen Schule der Ökonomie nach Ludwig von Mises' „Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel“ dargestellt und entsprechend auch eine Steigerung der „Krise“ angekündigt. Parallel dazu habe ich aufgezeigt, wie durch eine marktwirtschaftliche Geldordnung als ausschlaggebendster notwendiger Faktor zukünftig derartige Krisen verhindert und ein gesamtgesellschaftliches Pareto-Optimum erreicht werden kann, das den höchstmöglichen subjektiven Nutzen für jeden Einzelnen sicherstellt, ohne dadurch einzelne Gesellschaftsteilnehmer schlechter zu stellen.

Eine solche Realität oder Utopie gibt es jedoch nicht, da sie erstens durch das jeweilige Gewaltmonopol politisch zugelassen werden müsste und zweitens auch Mittel wie Betrug und Gewalt zu den Bestandteilen menschlichen Handelns gehören. Erschwerend kommt hinzu, dass die Präferenzen des einzelnen Menschen in der Regel nicht dahin gehen, einen für sich größtmöglichen absoluten Wohlstand zu erreichen, sondern relativ besser da zu stehen als andere. Konkret bedeutet dies, dass die „Herrscher“ wie im tiefsten Mittelalter ökonomische Kapazitäten lieber dazu nutzen, andere Menschen durch Gewalt unter sich herabzudrücken, als durch diese Mittel den eigenen absoluten Wohlstand zu erhöhen, falls sie dies nicht auch relativ besser stellt. Eine marktwirtschaftliche Ordnung bewirkt jedoch durch den Wettbewerb, dass Eliten austauschbar werden und sich nur halten können, solange sie ihrer Kundschaft mehr nützen, als irgendeine andere Alternative. Die Marktwirtschaft ist darum der Feind etablierter Eliten.

Um sein eigenes Vermögen, die eigene Arbeitsleistung und sich selbst- euphemistisch gesprochen- bei dieser Faktenlage vor dem unwillkommenen Zugriff durch Dritte zu schützen oder die eigenen Werte sogar zu mehren, ist ein umfassendes

Umwelt- bzw. Systemverständnis notwendig, dass Wirtschaft und Politik in einer Einheit begreift. Die ökonomische Analyse muss dabei monetäre Aspekte als auch (politische) Gewalt, darunter steuertechnische Wirkungsmechanismen, mit berücksichtigen. Erst nach der strategischen Berücksichtigung dieser Faktenlage kann der einzelne Mensch überhaupt an taktische und weiter operative Schritte, die ihm den sozialen Aufstieg anstelle von Stagnation oder Verarmung ermöglichen, überhaupt denken.

**Extremseite einer ambivalenten Betrachtung: Raubtier-Justiz der Stärkeren auf Basis der Euro-Lüge**

Mittlerweile sind die monetären Methoden des Umverteilungsbetrugs und der Ausbeutung, die rechtschaffenden Bürgern zwangsweise Vermögen entziehen und dieses in die Hände von „systemrelevanten Banken“ (Systembanken) und „Spitzenpolitikern“ (Führern, z.B. EU-Ministerrat) transferieren, durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 7. September 2011 zum Euro-„Rettungsschirm“ und der Griechenland-„Hilfe“ vom obersten Justizorgan der Bundesrepublik Deutschland bestätigt worden. Die Feststellung, wann eine „verbotene Entäußerung der Haushaltsautonomie“ vorliegt, überlässt das Bundesverfassungsgericht nämlich dem „Einschätzungsspielraum“ der Politik. Die Tatsache, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ohne parlamentarische Kontrolle Billionenbeträge druckt und diese auf Kosten der Bürger in Systembanken und gesetzeswidrig gegen den Lissabon-Vertrag in nationale Gewaltmonopole (Nationalregierungen) nach eigenem Belieben über Europa verteilt und so gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds die Welt-politik gestaltet, behandelt das Gericht nicht einmal.

Die Kaufkraft des Euro hängt von dem Geldangebot und der Geldnachfrage ab. Je niedriger das Angebot von und je höher die Nachfrage nach Euro, desto stabiler oder höher ist die Kaufkraft des Euro. Je weniger Geld die Zentralbank druckt, um die Insolvenz von Staaten und damit vor allem auch die Insolvenz ihre Gläubigerbanken zu verschleppen, desto geringer das Geldangebot. Je höher der Druck für unter anderem Staaten ist, Anleihen zurück zu bezahlen, desto höher ist die Geldnachfrage. Die EZB hat jedoch ihre Bilanz und damit die Basisgeldmenge und das davon ausgehende Geldangebot während der Schuldenkrise mehr als verdoppelt, um mit diesem Geld neben der Insolvenz von Systembanken die Insolvenz von Staaten

zu verschleppen und so den Rückzahlungsdruck auf Staatsanleihen zu reduzieren. Damit schadet sie der Kaufkraft des Euro massiv. Entgegen der Behauptungen liegt keine Euro-„Rettung“, sondern eine Euro-Vernichtung vor.

Von dieser Politik profitieren als politische Klasse nur einige wenige, nämlich diejenigen, die das frische Geld zuerst bekommen und noch zu alten Preisen Realgüter beziehen (Cantillon-Effekt). Bezahlen dafür muss der europäische und vor allem deutsche Bürger über die Entwertung seiner Geldersparnisse (z. B. gesetzliche Renten, Riester-Renten, Sparbücher, Anleihen). Bei dieser Form der Besteuerung gibt es weder über die Erhebung noch über die Verwendung irgendeine demokratische Kontrolle.

Für eine gerechte Gesellschaft im Sinne eines Pareto-Optimums wäre zusätzlich direktdemokratische Kontrolle mit umfassendem Sezessionsrecht notwendig, wie es der Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung, Doktor Detmar Döring, in seiner Schrift „Friedlicher Austritt“ vortrefflich erklärt. Diese Utopie wird jedoch nur in wenigen Ländern, darunter die Schweiz, annäherungsweise erreicht und stellt einen gedanklichen Extrempunkt oder auch normatives Freiheitsideal dar. Die Realität bewegt sich im Sinne der klassisch-philosophischen Ambivalenz irgendwo zwischen dieser Freiheit und einer orwelschen Totaldiktatur. Es gilt also, sich keine rechtsstaatlichen oder demokratischen Illusionen zu machen, sondern seine Umwelt irgendwo zwischen „Raubtierkapitalismus“ und liberalem Gutmenschentum zu begreifen. Wappnen muss man sich jedoch nur gegen die „Raubtiere“ und nicht für den „Streichelzoo“ und genau darauf zielt die weitere Analyse ab.

### **Demontage und Kolonialisierung durch Geldpolitik: Schutz durch ökonomisches Kalkül in realen Größen**

Die bisher grob ausgeführten Lügen des Euro habe ich in einer dreiteiligen Artikelserie für die Zeitschrift „eigentümlich frei“ und GoldSeiten.de en détail begleitet und vorausgesagt. Denn eine Lüge hat immer die Eigenschaft, dass sie, um nicht aufgedeckt zu werden, neuer Stützlugen bedarf, die logisch auf der Ursprungslüge aufbauen. Dies macht die einmal als solche erkannte Lüge berechenbar und damit voraussehbar: Lügen haben kurze Beine! Auch wenn die „Art und Weise, wie regierende Hausmeister im Dunkeln Megamilliarden hin- und herschieben“, wie es der Hochschulrektor und ZDF-Moderator Professor Peter Sloterdijk formuliert, „eine Beleidigung für jede Intelligenz“ ist und einem angesichts der Lügenbeschleunigung und der auf dieser basierenden unverschämten Billionenermächtigungen und -entrechtung das gesprochene Wort im Mund veraltet, lohnt es sich dennoch, hier eine weitere Basislüge erneut aufzuführen.

Angeblich würde ein schwacher Euro deutsche Erzeugnisse im Ausland billiger machen, was den Export ankurbeln würde. Sofort verteuern sich so gemessen in Euro jedoch die Importe, wodurch das „Geschäft“ mit dem billigen Euro für den Endverbraucher ein Nullsummenspiel wird. Da die Produktion deutscher Exporterzeugnisse zu wesentlichen Teilen auf importierten Vorprodukten beruht, wie unter anderen Ifo-Chef Professor

Hans-Werner Sinn in seinem Buch „Die Basar-Ökonomie“ schildert, verpufft auch der „Ankurbelungseffekt“ zu großen Teilen. Wo er nicht verpufft, tritt eine schädliche Wirkung ein.

Denn durch die mittels zentralbankpolitischer Geldvermehrung herbeigeführte Abwertung des Euro steigen mittelfristig auch die Preise und damit die nominalen Produktionskosten im Inland. Unter diesen Umständen müssen die Exporteure dann feststellen, dass sie Güter ins Ausland für einen Preis verkauft haben, der unterhalb der realen Produktionskosten lag. Es ist also ein Verlustgeschäft eingetreten. Bereits der Ökonom Ludwig von Mises erkannte dies in seiner „Theorie des Handelns und Wirtschaftens“ vor mehr als 70 Jahren. Schon allein die für die Exporte notwendigen Rohstoffe und Vorprodukte zu lagern und deren inflationsbedingte Preissteigerung abzuwarten, hätte den Exportunternehmen zwar real keinen, jedoch zumindest nominal mehr Gewinn eingebracht als der Export. Wenn die eigene Währung also mit dem Argument der Exportankurbelung abgewertet wird, ist dies eine Form „friedlicher“ Ausbeutung des eigenen Landes zu Gunsten des Auslands. Damit realisieren die Konstrukteure dieses Desasters Umverteilung auf globaler Ebene und somit die Horrorvision eines globalen „Sozial“-Staates.

Da eine derartige Ausbeutung durch die ökonomischen Ressourcen und den politischen Willen des ausgebeuteten Landes begrenzt ist, wird sie irgendwann enden. In diesem Moment bemerken die durch die Ausbeutungsgeschenke verwöhnten Länder, dass sie über ihre Verhältnisse gelebt haben und ihre eigenen Produktionsstrukturen weder wettbewerbsfähig sind noch das bisherige Wohlstandsniveau aufrecht erhalten können. Eine Zerstörung der Produktionsstrukturen findet durch diese Politik also überall statt.

Der Einzelne kann sich vor falschen Investitionsentscheidungen schützen, indem er die Inflation antizipiert. Dies wird bewerkstelligt, indem man seine Gewinne nicht in irrealen, politisch beliebig manipulierbaren Scheingrößen wie Euro oder Dollar kalkuliert, sondern in Gold oder anderen realen Größen, die man für geeignet und erstrebenswert erachtet. Sollte eine Investition im dargestellten Kontext keine realen Gewinne erwarten lassen, muss sie unterlassen werden. Dies ist, eingebettet in die übliche ökonomische Fundamental- und Trendanalyse, der wichtigste Schutz vor Verlusten.

### **Tragischer Trugschluss: Inflation zerstört nicht nur das Geld, sondern auch den realen Wohlstand**

Die Mehrzahl der Zeitgenossen erwartet bereits eine hohe Inflation. Die Warnungen vor zweistelligen Inflationsraten oder gar Hyperinflation haben die Titelseiten aller großen Zeitungen erreicht. Auf den großen Fachkonferenzen hört man jedoch selbst von erfahrenen Anlagestrategen und Unternehmern eine Ansicht bezüglich der Inflation, die nicht haltbar ist. Gemeint ist die Ansicht, dass die Inflation nur das Geld zerstören würde, das reale Kapital und somit Produktivität und Wohlstand jedoch erhalten bleiben würden. Das Gegenteil ist der Fall, wie wir bereits am Beispiel des durch Inflationpolitik fehlgeleiteten Exports sehen konnten.

Durch die Vermehrung der Geldmenge wird zusätzlich eine gesteigerte Nachfrage generiert, die sich logischer Weise nicht auf solche Güter richtet, nach denen das Bedürfnis der Konsumenten bereits gesättigt ist. Nicht mehr Güter des täglichen Bedarfs, wie Lebensmittel oder Busfahrkarten, werden dann nachgefragt, sondern mehr Luxusobjekte, wie beispielsweise neue Autos oder mehr Wohnraum. Durch die gestiegene Nachfrage steigen in diesen Bereichen bei kurzfristig begrenztem Angebot die Preise. Diese höheren Preise sind das Signal für die Unternehmen, das Angebot durch Erweiterung der Produktionskapazitäten auszuweiten. Da die Unternehmen mit ihren bisherigen Produktionskosten etwa für Rohstoffe oder Zulieferprodukte aus der Vergangenheit kalkulieren und gleichzeitig einen höheren Preis für ihr Endprodukt wahrnehmen, halten sie die Ausweitung ihrer Produktionskapazität für rentabel. Durch die wegen der Kapazitätserweiterungen gestiegene Nachfrage, steigen nun jedoch auch die Preise von Zulieferprodukten und Rohstoffen.

Am Ende trifft die durch das beliebig vermehrbare Papiergeld generierte Nachfrage auf nicht beliebig vermehrbare Produktionsfaktoren, wie etwa Rohstoffe, verfügbare Arbeitszeit oder Boden. Diese Produktionsfaktoren steigen dann im Preis, wodurch sie auch die Produktionskosten für die Güter des täglichen Bedarfs und somit deren Preise erhöhen. In dieser Situation müssen die Konsumenten auf die Nachfrage nach Luxusgütern wieder verzichten, um sich zumindest die Güter des täglichen Bedarfs wieder leisten zu können. Ist dieser Moment gekommen, so stellt sich für die Produzenten der Luxusgüter heraus, dass ihre Investitionen mangels Nachfrage unrentabel sind.

Die in diese Investitionen geflossenen und nicht mehr anderweitig verwendbaren Realgüter, wie Arbeitszeit und nicht mehr wieder verwertbare Rohstoffe sind nun für immer verschwendet. Diese Produktionsfaktoren wurden gleichzeitig dem Kapitalstock zur Produktion der tatsächlich notwendigen Güter entzogen, wodurch dort die Produktivität sinkt. Dies ist gleichbedeutend damit, dass nun zur Produktion der Güter des normalen Bedarfs, wie sie vor der Geldmengenausweitung herrschte, länger und härter gearbeitet werden muss oder die Versorgungslage an Gütern sinkt. Der Wohlstand sinkt so dauerhaft, weil ein Teil des Kapitalstocks und mit ihm Produktivität und Wachstumspotential durch die Inflation irreparabel zerstört wurden. Die Produktionsanlagen, etwa Straßen, Fabriken, Fuhrparks oder Hochhaustürme bleiben zwar, wie behauptet wird, trotz Inflation stehen, doch es sind Investitionsruinen, die real mehr gekostet haben als sie erwirtschaften konnten und so den Wohlstand dauerhaft gemindert haben. Werden sie weiter „bewirtschaftet“, steigt der Schaden umso mehr.

#### **Heilung verhindern und den Tod beschleunigen: Die Staatsgewalt als „Arzt“ für die Gesellschaft**

Diese in Ludwig von Mises` Habilitationsschrift „Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“ erstmals 1912 publizierte und durch den Ökonomie-Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek weiter verfolgte Logik ist selbstevident und zwingend. Auch hier kann nur das ökonomische Kalkül jedes Einzelnen in realen Größen statt in Scheingeld Abhilfe schaffen. Den

Zusammenbruch der Nachfrage in Folge inflationsbedingter Preissteigerungen, wie wir ihn beispielsweise in der Immobilien- und Automobilbranche erlebt haben, nennt man „Krise“.

Die Krise fand jedoch tatsächlich während der Zeit der euphorischen Investitionen in Erweiterungen bestimmter Produktionskapazitäten statt, für die es nur zum Schein eine Nachfrage gab, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Der Zusammenbruch dieser Produktionszweige stellt zugleich die Beendigung einer Fortsetzung der Fehlinvestitionen dar. Gleichzeitig werden so reale Ressourcen für tatsächlich notwendige Investitionen frei, die für realökonomisches Wachstum notwendig sind. Die Pleiten und „Zusammenbrüche“ sind kein Krisensymptom, sondern der Beginn des Heilungsprozesses.

Genau dieser Heilungsprozess wird jedoch nicht zugelassen und wider besseres Wissen als Krisensymptom propagiert, das bekämpft werden muss. Die Zentralbank senkt in einem solchen Fall die Zinsen, um mehr Kredite in Form ihres beliebig vermehrbaren Geldes vergeben zu können. Damit wird die flächendeckende Zerstörung von Kapital, so wie bereits beschrieben, fortgesetzt und gesteigert. Das in seiner Produktion fast kostenlose effektive Breitbandgift namens Papiergeld „entlaubt“ die Wirtschaft ähnlich wirkungsvoll, wie Agent Orange die Wälder.

Eine effiziente Kapitalvernichtung erfolgt jedoch ergänzend durch gezielte Interventionen des Staatsapparats. Effizient heißt in diesem Fall, durch geringstmöglichen Mitteleinsatz in kürzester Zeit den größtmöglichen Schaden anzurichten. Dies geschieht, indem der Staat Subventionen, Sonder-„Hilfen“ und Garantien an verlustbringende Konzerne und Banken vergibt, die möglichst groß, also „systemrelevant“ sind und so auch die größten Verluste erwirtschaften können. Eine Insolvenz dieser Unternehmen, die dazu führen würde, dass die darin gebundenen realen Kapitalgüter einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden könnten, wird auf diese Weise verhindert. Gleichzeitig werden weitere Verluste und somit Kapitalvernichtung auf größtmöglichem Niveau möglich gemacht.

Die dazu nötigen Mittel werden über Steuern und darunter auch Inflation aus gesunden Unternehmungen abgezogen, was die Kapitalvernichtung und damit den Schaden für das Wohlstandsniveau der Bevölkerung durch eine intelligente Mikrosteuerung maximiert. Auch der Wettbewerb wird pervertiert, da die Unternehmen in Folge nicht mehr auf die erfolgreiche Bedienung von Verbraucherinteressen hinarbeiten, was steuerlich bestraft wird, sondern auf die Erwirtschaftung von Verlusten, was steuerlich belohnt wird. Auch die Wirtschaftsmoral wird so dauerhaft beschädigt.

#### **Der Billionen-Euro-Betrug: Ein Kapitalverbrechen nie dagewesenen Ausmaßes**

Man spricht dabei in der Ökonomie von perversen Anreizen. In Deutschland wird diese Feinsteuerung der Wohlstandsvernichtung unter anderem durch den extra wegen der „Krise“ eingerichteten „Wirtschaftsfonds Deutschland“ und den „Bankenret-

tungsfonds SoFFin“ übernommen. Nach offiziellen Angaben der Bundesregierung verfügt ersterer über Mittel von bis zu 115 Milliarden Euro und der zweite über Mittel von bis zu 360 Milliarden Euro, über die ohne parlamentarische Kontrolle entschieden wird. Daneben wirken die von Professor Hans-Werner Sinn aktuell berechneten 465 Milliarden, mit denen Deutschland für bankrotte Eurostaaten ohne Parlamentskontrolle haftet und die ebenso zerstörerisch wirken, geradezu kleinlich. Auch die ebenso schädlichen regulären Subventionen, die sich laut der regierungsnahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in den vergangenen zehn Jahren bei rund 150 Milliarden Euro jährlich bewegten, sind nur ein Puzzleteil im Wirtschaftskrieg gegen das eigene Land. „IWF“, „EFSM“, „EFSF“, „ESM“, „Target-Verbindlichkeiten“, „EZB“, „SoFFin“, „Wirtschaftsfonds Deutschland“ die Namen der schuldigen Institutionen gehen ins Endlose, wie auch die Billionenbeträge realer Kapitalvernichtung, die sie anrichten.

Diese außerparlamentarischen, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abgehobenen Institutionen verfügen über Mittel, die die jährlichen Steuereinnahmen des Staates von aktuell knapp 490 Milliarden Euro und auch den zusätzlich schuldenfinanzierten Bundeshaushalt um ein Vielfaches übersteigen. „Das Bundesverfassungsgericht kann sich bei der Feststellung einer verbotenen Entäußerung der Haushaltsautonomie nicht mit eigener Sachkompetenz an die Stelle des Gesetzgebers setzen. Es hat seine Prüfung hinsichtlich des Umfangs der Gewährleistungsübernahme auf evidente Überschreitungen äußerster Grenzen zu beschränken“, welche derzeit aus Sicht des Gerichts nicht vorliegen, heißt es in der offiziellen Presseerklärung zum aktuellen Urteil diesbezüglich. Fünf renommierte Professoren, darunter Verfassungsrechtler, Ökonomen und der ehemalige Thyssen-Chef Dieter Spethmann, hatten vor dem obersten deutschen Gericht geklagt, jedoch ohne Wirkung. Die juristischen Mittel sind damit ausgeschöpft, der Rechtsstaat am Ende.

Professor Dieter Spethmann kommt über seine für jedermann nachvollziehbare Berechnung in der „FAZ.NET“ vom Januar 2011 zu dem Ergebnis, dass Deutschland über reguläre Nettozahlungen an die EU sowie die nun durch den Euro verhinderte Aufwertung der D-Mark jedes Jahr laufend 10 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) an das Ausland verschenkt. Zehn Prozent unserer Wirtschaftskraft, also 250 Milliarden Euro jährlich, werden so vernichtet und das zusätzlich zu den bereits erwähnten Billionenbeträgen. Allein mit diesem Betrag könnte Deutschland, dessen BIP mehr als ein Viertel des gesamten BIP der Europäischen Union ausmacht, jährlich knapp 3,5 Prozent aller Waren und Dienstleistungen beziehen, die in der restlichen EU angeboten werden. Stattdessen werden diese Güter jedoch umgekehrt aus Deutschland ins Ausland ausverkauft und das Geld zur Bezahlung liefert der deutsche Steuerzahler gleich ohne Parlamentsbeschluss mit. Und dies jährlich und mit immer größeren Extrasummen, und dennoch können die anderen nie genug kriegen. Die so verursachten Schäden betreffen ganz Europa in Schwindel erregenden Größenordnungen. Wer nicht zahlen will, wird von der politischen Klasse als „unverantwortlich-antieuropäisch-populistischer“ Staatsfeind gebrandmarkt.

### **Besteuerung von Scheingewinnen und kalte Progression: Enteignung von realen Gütern und Einkommen**

Alle diese Maßnahmen lassen sich nicht allein durch das Drucken von neuem Geld, also durch die Entwertung beziehungsweise Besteuerung des Geldvermögens der Bürger finanzieren. Das Geld würde sich dabei schlicht zu schnell abwerten, sodass der Betrug breiten Schichten auffallen und nicht mehr funktionieren würde. Die würden dann, soweit sie den Zusammenhang überhaupt verstehen, gegen die Zentralbankbank protestieren oder den Euro nicht mehr als Geld annehmen, beziehungsweise die Inflation einpreisen und rasch höhere Preise für die Arbeit oder Güter, die sie anbieten, verlangen. Die Staatsquote und mit ihr auch die Steuerlast betragen offiziell schon um die 50 Prozent. Realistischer Weise liegt diese Quote nach Ansicht namhafter Ökonomen inklusive Zwangsgebühren etwa für GEZ, Bürokratieüberwälzungskosten und weiterer versteckter Staatskosten wie durch das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ bei um die 80 Prozent. Dies liegt nur noch knapp unter dem Niveau, das die Sowjetunion bei ihrem Zusammenbruch erreicht hatte.

Wie die ehemaligen Sowjet-Menschen im Kommunismus verdanken wir mit Sicherheit bereits den überwiegenden Teil unseres Wohlstands den Schwarzmärkten, zumindest jedoch den sogenannten grauen Märkten und der Kreativität der Bürger, Steuern legal zu vermeiden. Auf Grund der Tatsache einer exorbitant hohen Steuerlast bei gleichzeitig nicht enden wollender Verschwendungssucht der politischen Raubritterklasse, müssen undurchsichtigere Formen der Besteuerung herangezogen werden, die auch die bestehende Vermögenssubstanz der Bürger angreifen. Dazu gehören neben zahlreichen offensichtlichen Steuern, wie etwa der Grundsteuer oder der jetzt in Griechenland eingeführten Abgabe auf Immobilien, die Besteuerung von Scheingewinnen.

Das jährliche Geldmengenwachstum M3 betrug seit Euroeinführung im Schnitt etwa sieben Prozent. Steigen also die Vermögenspreise in Folge pro Jahr ebenfalls um 7 Prozent, so liegt kein realer Gewinn vor, sondern lediglich ein Erhalt des Vermögens. Dennoch muss dieser rein nominale Zuwachs bei einer Realisierung durch Verkauf oder Umschichtung mit 25 Prozent versteuert werden, was einer Enteignung der Vermögenssubstanz entspricht. Dies trifft nicht nur für Kapitalanleger zu, sondern auch für jedes Unternehmen, das rein rechnerisch einen nominalen Gewinn macht. Wer bei 25 Prozent Abgeltungssteuer auf nominale Kapitalzuwächse und dem seit der Euro-Einführung durchschnittlichen Geldmengenwachstum von etwa 7 Prozent sein Vermögen erhalten will, muss jährlich mindestens einen nominalen Vermögenszuwachs von 10 Prozent erreichen, damit er nach Verwaltungskosten und Steuern keinen Vermögensverlust erleidet. Sparbücher bringen derzeit Zinsen von 0,5 bis maximal 1,5 Prozent. So genannte Riester-Renten schneiden meist noch schlechter ab und die gesetzliche Rente ist ohnehin verloren. Entwertung des angesparten Vermögens erfolgt hier nicht nur durch die Inflation, sondern zusätzlich über die Besteuerung von Scheingewinnen. Wer auf diese Weise für sein Alter spart, kann davon ausgehen, dass er im Alter nichts mehr hat oder dank „Vater Staat“ auf Sozialhilfeniveau lebt.

Die kalte Progression wirkt sich ähnlich wie die Scheingewinnbesteuerung aus. Das nominale Einkommen steigt auf Grund der Inflation, jedoch können davon real nicht mehr Güter erworben werden. Weil der vom Einkommen abhängige Prozentsatz an zu zahlenden Steuern mit der nominalen Höhe des Einkommens steigt, bewirken mit der Inflation ansteigende Nominalgelöhälter ein niedrigeres reales Netto-Gehalt. Die Steuern sind auf diese Weise seit Begründung der Bundesrepublik Deutschland immer weiter gestiegen und niemals gesunken. So kommt es, dass ein Studienabsolvent oder Facharbeiter heute den Spitzensteuersatz zahlt, der früher einmal nur für die oberen zwei bis drei Prozent der Bevölkerung wirkte und der Steuergrundfreibetrag wie zu Zeiten der Leibeigenschaft immer weiter unter das Existenzminimum sinkt. Der einzige Ausweg aus dieser Falle ist, Anlagen in Euro oder gleichgeartetes beliebig vermehrbares Geld strikt zu meiden und Steuern, wo immer möglich, zu umgehen.

#### **Steuern wie im Feudalismus: Undemokratisch, hintertürkisch, willkürlich, komplex und sozial ungerecht**

Unsere Steuern sind sehr hoch und sehr komplex. Wie gezeigt, haben wir mittlerweile fast das Besteuerungsniveau totalitärer kommunistischer Staaten erreicht. Die Höhe der Steuern wird von politischer Seite aus mit der Notwendigkeit von Sozialausgaben, Solidarität und Hilfe für die Armen begründet, die Komplexität der Steuern damit, dass es steuerliche Einzelfallgerechtigkeit geben muss, indem das Steuergesetz auf die Steuertragfähigkeit jedes Bürgers möglichst individuell eingeht. Sowohl höhere als auch komplexere Steuern lassen jedoch gerade die weniger reichen Menschen verarmen, erzeugen besondere Ungerechtigkeiten und zerstören insbesondere den Mittelstand. Die Regale unserer Steuergesetze und Verwaltungsvorschriften füllen bereits ganze Turnhallen; mehr als ein Mensch in seinem ganzen Leben lesen oder gar verstehen kann. Die Masse an Büchern für Steuerfachliteratur übersteigt dieses Niveau noch um ein Vielfaches. Wer sie liest, lässt sich auf ein kafkaeskes Labyrinth und eine Verschwendung von Lebenszeit ein. Die Erfinder unserer Steuern erinnern einen unweigerlich an die „Zeit-Diebe“ des Romanautors Michael Ende.

Niemand, auch kein Finanzbeamter, kennt das Steuerrecht und kann es folglich auch nicht richtig anwenden. Jeder in Deutschland steuerpflichtige Mensch ist darum potentiell kriminell und kann nach genügend intensiver Recherche als Straftäter verhaftet werden. Trotz der offensichtlichen Verfassungswidrigkeit dieser Umstände blieben jedwede Einwände diesbezüglich vom Bundesverfassungsgericht unberücksichtigt, selbst wenn diese vom Präsidenten des Bundesfinanzhofs, Wolfgang Spindler, oder in Form von Klagen des Verfassungsrechtlers Professor Karl Albrecht Schachtschneider persönlich kamen. Wie im Falle der Euro-„Rettung“ hat der Bürger von der Obrigkeit keinen Rechtsschutz zu erwarten, sind alle juristischen Mittel bereits ausgeschöpft. Wer sich selbst vom Wahnsinn unseres Steuerrechts überzeugen will, braucht nur eines von den vielen hundert Seiten langen Steuergesetzbüchern in die Hand zu nehmen und einen Satz darin zu lesen.

Große multinationale Konzerne und elitäre Banken können sich auf Grund von Größen- und Verbundeffekten Computerprogramme und Anwaltskanzleien leisten, die ihnen für jedwede ökonomische Transaktion den steuergünstigsten Weg berechnen. Dabei werden auch auf internationaler Ebene verschiedene Rechtssysteme steuerminimierend und subventionsmaximierend miteinander kombiniert. Oft ist dazu nicht einmal eine Anpassung des tatsächlichen Verhaltens oder ökonomischen Aktes notwendig, sondern schlicht eine sachgerechte formale Darlegung des Geschäfts auf dem Papier. Als die Banken beispielsweise Eigenkapitalvorschriften in Ländern, wo diese vorgeschrieben sind, umgehen wollten, gründeten sie legale Tochtergesellschaften, die diese Eigenkapitalvorschriften in anderen Ländern schlicht umgingen. Die Mindesteigenkapitalvorschriften für Immobilienkredite schraubten die Banken im Vorfeld der Finanzkrise von 50 Prozent auf 20 Prozent herunter, indem sie diese Kredite bündelten und so zu Bankschuldverschreibungen umwandelten, für die nach den Basel-Regeln geringere Eigenkapitalvorschriften gelten. Dies sind jedoch nur allzu offensichtliche Geschäfte durch Arbitrage zwischen unterschiedlichen Gesetzesvorschriften und Rechtssystemen.

Ein Geschäft, beispielsweise der Verkauf eines Wertpapiers von Bank A an Bank B, das im Ursprungsland beider Banken hoch besteuert oder gar verboten ist, kann leicht zu einem legalen und hoch subventioniertem Geschäft umgewandelt werden. Stellen Sie sich vor, Bank A zerlegt das an Bank B zu verkaufende Wertpapier in hundert Einzelpapiere. Diese hundert Einzelpapiere werden zwischen fünf Banken, die zusammen ein Syndikat bilden (alle Banken können Tochtergesellschaften einer einzigen Bank sein), in verschiedenen Rechtssystemen solange hin und her verkauft, bis das ursprüngliche Wertpapier aus den Einzelwertpapieren wieder zusammengesetzt bei Bank B und umgekehrt das zu zahlende Geld bei Bank A angekommen ist. Sofern man die schier endlosen Steuerdaten der verschiedenen Länder elektronisch abgespeichert hat und über eine entsprechende Steueroptimierungssoftware verfügt, fallen dabei keinerlei variable Kosten an, schließlich müssen die elektronischen Wertpapiertransaktionen lediglich auf eine andere Weise mit Lichtgeschwindigkeit durch das weltweite Glasfasernetz laufen, damit das Geschäft legal, steuerminimierend und subventionsmaximierend (etwa die staatlich geförderte Riester-Rente) ist.

Auch Unternehmen können solche Geschäfte an Banken weiter delegieren oder in kleinerem Umfang auch selbst durchführen. Auf diese Weise können problemlos Gewinne in Nullsteuerränder und Verluste in Hochsteuerränder verlegt werden, wo man dann sogar Subventionen erhält. Solche „weißen Erträge“ sind laut einer Faustregel der Branche ab etwa einer halben Milliarde Vermögen in Dollar oder Euro möglich. Selbstredend wird so klar, dass der kleine Mann oder das mittelständische Unternehmen bei einer Steuerlast von bis zu 80 Prozent kaum Chancen hat, im Wettbewerb gegen Großkonzerne zu bestehen, die faktisch keine Steuern zahlen oder gar Subventionen kassieren. Die Klassengesetzgebung im Steuerrecht liegt hier faktisch vor, tritt aber auch offen zu Tage. Angestellte werden



steuerlich härter behandelt als Unternehmer und ganz besondere steuerliche und gesetzliche Privilegien genießen die Banken, etwa durch das Teilreserveprivileg mittels dem sie selbst eigenes Girogeld drucken können.

Umverteilung durch vermeintliche „Sozialleistungen“ zieht die Wähler an wie die Motten das Licht. Doch um diese Leistungen erbringen zu können, müssen Steuern erhoben werden. Alle Steuern sind jedoch Kosten im Produktionsprozess und werden als solche notwendigerweise immer an den Endkonsumenten weitergeben. Die Steuerlast tragen am Ende immer die Ärmsten und entsprechend geht die Schere zwischen Arm und Reich, wie man empirisch feststellen kann, mit steigender Steuerlast- und -komplexität auch immer weiter auseinander.

### **Marktwirtschaft und Planwirtschaft: Ein Leben zwischen Freiheit, Würde, Zwang und Gewalt**

Dem Einzelnen bleibt nichts anderes übrig, als bei seiner Vermögens- und Vorsorgestrategie alle bisher aufgeführten Punkte zu berücksichtigen. Dieser Weg wird kein leichter sein. Einerseits muss der Investor angesichts der Bedrohungskaskade von heute Steuern mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln vermeiden, um wenigstens Teile seines Vermögens und damit seiner Vorsorge und Unabhängigkeit vor der Vernichtung zu sichern. Anlagetechnischen Erwägungen über Fundamentaldaten, Trendentwicklung und Risikostreuung müssen im Sinne des Financial-Planning-Ansatzes unter Einhaltung schärfster Disziplin eingebettet in steuer- und versicherungstechnische Überlegungen erfolgen. Gleichzeitig muss sich der Investor von heute jedoch auch seiner Verantwortung gegenüber der Gesellschaft stellen und diese über die ökonomischen Zusammenhänge und den Weg aus den Fesseln ihrer selbstverschuldeten Unfreiheit aufklären, wogegen das staatliche Bildungsmonopol jedoch im eigenen Interesse arbeitet oder schlicht ökonomische Analphabeten produziert.

Besonders dramatisch dabei ist, dass die tatsächlichen Lösungswege, wie freies und darum nicht manipuliertes Marktgeld, direkte Demokratie inklusive Sezessionsrecht sowie die Finanzierung staatlicher Aufgaben durch freiwillige Gebühren statt Steuern und Zwangsabgaben von der Bevölkerung zu Unrecht als ungerecht und radikal abgelehnt werden, weil sie durch andauernde Propaganda und Panikmache regelrecht gegen die eigene Freiheit konditioniert wurde oder schlicht nicht fähig oder willens ist, einfache ökonomische Zusammenhänge zu begreifen. Zu Recht wird aber eine liberale Verfassung der Gesellschaft als utopisch eingestuft, da sie auf Gewalt gänzlich verzichten müsste. Ob die Gewalt in der Hand eines einzigen Monopolisten liegt und über Lobbyarbeit, wie durch die Neue Politische Ökonomie (Public Choice) erklärt, von einzelnen Interessensgruppen erschlossen wird, oder wie im theoretischen Zustand der Anarchie bei einzelnen Akteuren liegt, spielt in der Auswirkung der Gewalt nämlich keinerlei Rolle.

Die tatsächliche Wirtschaftsform, in der wir leben, liegt irgendwo zwischen den theoretischen Ideen von Plan- und Marktwirtschaft. Jedes Unternehmen folgt, um die Transaktions- und

Informationskosten des Marktes zu umgehen, innerhalb seiner Organisation freiwillig planwirtschaftlichen beziehungsweise betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Jede Familie organisiert sich nach sozialistischen Maßstäben. Diese „planwirtschaftlichen“ Organisationsstrukturen folgen dem Prinzip der Freiwilligkeit, sind also mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung vereinbar. Im Gegensatz dazu gibt es entsprechend des Prinzips der Ambivalenz auch solche planwirtschaftlichen Organisationsstrukturen, die hauptsächlich dem Prinzip des Zwangs und der Gewalt folgen.

### **Die Zentralbank als wirtschaftlicher Eigentümer letzter Instanz: Ein verfeinerter Kommunismus**

Das Ausmaß dieser Zwangsstrukturen wird jedoch bei weitem unterschätzt. Folgender Zusammenhang ist bisher, auch von liberalen Ökonomen, kaum dargestellt worden. Da für jede Investition zunächst staatliches Kreditgeld nachgefragt werden muss, um die Investition zu bezahlen, wird die staatliche Zentralbank nicht nur zum Kreditgeber letzter Instanz, sondern auch zum Investor letzter Instanz. Alles vorhandene Geld entstand und entsteht im Ursprung als mit Zinsforderungen belegter Kredit durch die Zentralbank. Die Geldmenge reicht damit niemals aus, um Schulden plus Zinsen jemals zurückbezahlen zu können. Die Geschäftsbanken und mit ihnen die Unternehmen, die diese finanzieren, sind von immer neuen Krediten durch die Zentralbank abhängig. Die Zentralbank wird so gemessen an Grundsätzen der Betriebswirtschaft zum wahren wirtschaftlichen Eigentümer jedweder Unternehmen in ihrem Herrschaftsgebiet.

Genau dies erleben wir auch in der Realität. Erst senkt die Zentralbank die Zinsen, worauf hin Investoren sich gegen die Verpfändung realer Güter übermäßig verschulden. Dann erhöht die Zentralbank die Zinsen, worauf hin Investoren Pleite gehen und ihre verpfändeten Realgüter abtreten oder unter Druck verkaufen müssen. Dann senkt die Zentralbank wieder die Zinsen, verschafft bestimmten Banken und Unternehmen so frisches Geld und entscheidet so in Ergänzung mit staatliche Lenkungsausschüssen sogar bis ins letzte Detail darüber, wer genügend Geld bekommt, um die Realgüter aufzukaufen. Auf diese Weise wird die komplette Verteilung der Produktionsgüter zentralplanerisch gesteuert. Dem persönlich vollhaftenden Privatbankier Karl Reichmuth, der sich für eine Privatisierung und Entstaatlichung des Geldes einsetzt, stellte ich in einem Interview für die Zeitschrift „eigentlich frei“ eine Frage. Die Bedeutung seiner Antwort auf diese Frage wird im Lichte der Zentralbank als wirtschaftlicher Eigentümer des gesamten volkswirtschaftlichen Produktionskapitals überdeutlich. „Was speziell sollte Kreditnehmer dazu bewegen, ihre Kredite in wertstabilem Geld aufzunehmen, statt in staatlichem Inflationsgeld, bei dem die Schuldner ja auf die Entwertung ihrer Schuld setzen können?“ Die Antwort darauf: Wertstabiles Geld „als Anleihewährung hätte [...] für Gläubiger und Schuldner Vorteile. Der Gläubiger könnte einen Kredit vergeben mit der Gewissheit, außer bei Zahlungsunfähigkeit natürlich, den realen Wert des verliehenen Geldes inklusive Zins bei Verfall zu erhalten. Der Schuldner andererseits hätte eine reale Schuldenlast, die [...] somit in Krisenjahren wie 2008 von Vorteil ist.“

Es wird klar, dass die Kreditaufnahme in wertstabilem Geld einen vor der Enteignung durch die deflationäre Geldmanipulation der Zentralbank und ihrer Helfersbanken sowie angeschlossenen staatlichen Institutionen schützt. Nur wer die Kreditaufnahme in staatlichem Geld genauso verweigert wie die Anlage darin, kann sich als „eigener Herr“ betrachten. Zwar herrscht gesamtwirtschaftlich betrachtet fortdauernd eher Inflation als Deflation, sodass man durch die Entwertung von Kreditschulden in staatlichem Papiergeld theoretisch profitieren kann, jedoch kann die Zentralbank gemeinsam mit staatlichen Institutionen und Gesetzen sowohl Inflation als auch Deflation branchenspezifisch steuern, womit im Falle von Deflation zu stark verschuldeten Unternehmen eine Enteignung droht.

Genau das war auch im Vorfeld der Immobilienkrise in den USA der Fall. Eine spezielle Gesetzgebung der Clinton-Regierung begünstigte und erzwang die sogenannte NINJA-Kreditvergabe an einkommenslose, arbeitslose „Kreditnehmer“ ohne Sicherheiten, damit sich angeblich diskriminierte Minderheiten Wohnraum leisten können. Diese Kreditvergabe wurde dann hauptsächlich durch die beiden halbstaatlichen Kreditinstitute Fannie Mae und Freddie Mac durchgeführt. Begleitet wurden diese Maßnahmen durch Zentralbankleitzinsen von nur einem Prozent. Auch in Europa waren die Leitzinsen mit zwei Prozent sehr niedrig. In Deutschland wurden mehr als 70 Prozent der Krisen verursachenden Schrottanleihen von staatlichen Banken gekauft, wie der ehemalige IBM-Manager und BDI-Präsident Professor Hans-Olaf Henkel durch Nachforschungen ans Tageslicht brachte. Wie wir wissen, erhöhten die Zentralbanken nach der Billigzinsphase ihre Zinsen wieder und zwar so lange, bis die Kreditnehmer ihre Raten nicht mehr bezahlen konnten und ihre Häuser zwangsverkauft wurden. Da aber wegen der höheren Zinsen auch weniger neue Käufer mittels Kredit Häuser kaufen konnten, sanken die Häuserpreise, sodass die Immobilienkredite unzureichend durch den Wert der Immobilien gedeckt waren. Die Verluste erlitten später dann hauptsächlich die Staatsbanken des Steuerzahlers. Die Gewinne machten die rein auf Provisionsbasis vermittelnden Banken und diejenigen, die sich später wegen des Überangebots Immobilien zum Dumping-Preis mit neuem Geld kauften, das die amerikanische Zentralbank anschließend ja in Folge der Krise als „Krisenbekämpfungsmaßnahme“ zu null Prozent Zinsen ausgewählten Banken anbot. Unvorstellbar große Mengen an Realvermögen haben sich so in den Händen einiger weniger konzentriert.

Auch so genannte private Kreditinstitute und Unternehmen sind, wie bereits ersichtlich, tatsächlich Teil des staatsmonopolistischen Zentralbankkapitalismus. Das Eigenkapital der einen Bank oder Unternehmung wird von den „Eigenkapitalgebern“ meist selbst als Kredit aufgenommen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet besteht jedes Geldvermögen, das zum Kauf von Realvermögen eingesetzt wird, ohnehin wie dargestellt aus einer Schuld. So genannte „Privatisierungen“ stellen darum im gegenwärtigen Finanzsystem lediglich eine Umschichtung im Zentralbankportfolio weg von parlamentarischer Kontrolle dar und werden bei ihrem zwangsläufigen Scheitern medienwirksam als Scheitern des Kapitalismus vorgeführt. Die Rechts-

formen der Banken und Unternehmen sind so gestrickt, dass diese ohnehin für ihr Handeln nicht selbst haften. Über den Kredithebel aus der öffentlichen Hand werden mittels Investitionsdummies reine Buchgewinne erwirtschaftet, die dann ökonomisch rational nach dem Motto „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren!“ in Form von Gehältern und Boni an die Agenten ausgeschüttet werden.

Schuld daran sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen, nicht der freie Markt. Der Auftraggeber, die Zentralbank und mit ihr die öffentliche Hand verursacht die Verluste als Prinzipal und erleidet sie auch. In Folge werden immer mehr Regulierungen und Überwachungsmaßnahmen eingeführt, die die Wirtschaft ineffizient machen und gleichzeitig die Probleme des Moral Hazard nicht lösen, sondern verschlimmern. Denn mehr und kompliziertere Regulierung und Besteuerung nutzt, wie wir gesehen haben, nur den Großkonzernen und lässt den Mittelstand und die „kleinen Leute“ verarmen.

#### **Schlussbetrachtungen: Das Prinzip der Ambivalenz und der notwendige pragmatische Einsatz von Moral**

Aus den so hervorgehenden „Vermögenseiteln bildet sich ein neues abstraktes Übervolk, das dieselben Eigenschaften aufweist, die man vom alten europäischen Adel kannte: Sie denken kosmopolitisch, sie reisen viel, sie leben mehrsprachig, sie sind gut informiert und beschäftigen die besten Berater [...]“, meinte der Philosophieprofessor Peter Sloterdijk schon früh während der Finanz- und Wirtschaftskrise Ende 2008 im Cicero und führt aus: „Der amerikanische Autor Jeremy Rifkin hat vor ein paar Jahren ein Buch vorgelegt unter dem Titel „Access“, das indirekt die Entstehung des neofeudalen Systems behandelt: Wir ersetzen, so seine These, heute Grundbesitz durch Zugang zu privilegierten Gütern, zu wertvollen Informationen, zu Luxusobjekten, zu elitären Adressen, zu exquisiten Kanälen und machtnahen Korridoren. Zugangskompetenz ist heute das Schlüsselgut, nicht Grundeigentum. Wir beobachten eine rasante Refeudalisierung auf überterritorialem Niveau.“ Aber auch dieses „Übervolk“ ist nur ein gedankliches Extrem, denn es befindet wie alle anderen auch im Wettbewerb und driftet jedoch gemeinsam mit seiner Entourage immer mehr in eine Konkurrenz ab, die unlautere Mittel nicht scheut und wie die Vergangenheit zeigt, auf diese Weise nicht selten im Krieg landete.

Denken zwischen ambivalenten Extremen führt zu ausgewogenen Gesamtbetrachtungen und auf dieser Grundlage auch zu realitätsnah-wirkungsvollem Handeln. Extremes Denken in nur eine Richtung führt zu extremen und damit zu ideologisch-realitätsfernem Handeln, das zwingend scheitert. Der handelnde Mensch darf also neben der teils überlebensnotwendigen rigorosen Politik von „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ (so zum Beispiel das Neutralisieren von Steuern durch Subventionen im Kleinen, oder knallharte Lobbyarbeit im Großen) gegenüber „der Gesellschaft“, wie sie hier in ihrem Extrem als Raubtier dargestellt wurde, die Möglichkeit der Vergebung bis hin zum Idealismus einer freien Gesellschaft nicht aufgeben. Die Kunst besteht darin, in der Bipolarität

eines mehrdimensionalen Koordinatensystems aus ambivalenten Umweltfaktoren und ambivalenten Handlungsmöglichkeiten und -zielen zwischen Pragmatismus und Idealismus den richtigen Zielpunkt situationsgerecht anzusteuern. Ein sich wortwörtlich anmaßbares Patentrezept für das exakte Handeln im Einzelnen gibt es dabei nicht. Auch die hier dargestellten Zusammenhänge bieten lediglich eine Situationsanalyse mit allgemein bleibendem Handlungshinweis. Es bleibt dem handelnden Menschen als Individuum offen gestellt, wie er die hier dargelegte Situation deutet, was er denkt, tut und für moralisch als richtig befindet.

In jedem Fall wird sich das eigene Handeln dabei entsprechend dem Prinzip von Ursache und Wirkung wie ein Bumerang auch auf das eigene Wohlbefinden auswirken. Wenn wir dabei nicht in vollständigem Unrecht und Chaos versinken wollen, das wegen seiner Eigendynamik am Ende auch der gewiefteste Machiavellist nicht mehr zu seinem eigenen Nutzen überblicken kann, so müssen sich zumindest diejenigen, die die Zusammenhänge verstehen und über die nötige Macht dazu verfügen, andauernd, sozusagen als ehrenamtliche Nebenbeschäftigung, für ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit, Moral und Ordnung einsetzen, von der am Ende alle profitieren.

Auch der Papst betonte dies in seiner Rede vor dem Bundestag: „Nimm das Recht weg, was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande, hat der heilige Augustinus einmal gesagt. Wir Deutsche wissen es aus eigener Erfahrung, dass diese Worte nicht ein leeres Schreckgespenst sind. Wir haben erlebt, dass Macht von Recht getrennt wurde, dass Macht gegen Recht stand, das Recht zertreten hat und dass der Staat zum Instrument der Rechtszerstörung wurde – zu einer sehr gut organisierten Räuberbande, die die ganze Welt bedrohen und an den Rand des Abgrunds treiben konnte. Dem Recht zu dienen und der Herrschaft des Unrechts zu wehren ist und bleibt die grundlegende Aufgabe des Politikers. In einer historischen Stunde, in der dem Menschen Macht zugefallen ist, die bisher nicht vorstellbar war, wird diese Aufgabe besonders dringlich.“

Eine Fortsetzung der Euro-Lüge und weiterer Machtmissbrauch ist angesichts der Lügenprofiteure des Euro und ihrer Macht sowie der durchschnittlichen ökonomischen Bildung der Bevölkerung sicher. Ein Ende ist jedoch ebenfalls in Sicht, da die realen ökonomischen Ressourcen, die auf diese Weise vernichtet werden und zum Aufrechterhalten dieser Herrschaft nötig sind, ein Limit haben, dem wir uns in wenigen Jahren schon sehr weit angenähert haben werden. Wer angesichts der überbewerteten Papiergeldströme und Fehlinvestitionsorgien vor allem am Ende der Produktionskette schon jetzt in noch unterbewertete reale Werte, wie Gold und subventionsfreie Basisversorgung am Anfang der Produktionskette, möglichst breit gestreut und steuerfrei investiert, minimiert einerseits seine Risiken und kann nach dem Platzen der Staatsaufblähungsphase die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen und auf diese Weise eine einmalige Nachkrisenaufschwungs- oder auch Moralrendite einstreichen.

Je transparenter die Informationen bezüglich der bevorstehenden Entwicklung und ihrer Ursachen gemacht werden, desto schneller werden überbewertete Staaten und mit ihnen ihr Geld und ihre Anleihen zu Gunsten Wert schaffender Investitionen und Tätigkeiten zusammenbrechen und desto mehr reale Ressourcen können zur Verwendung für einen Neuanfang hin zu einer weiteren zivilisatorischen Entwicklungsstufe gerettet werden. Wer sich mit seinen Investitionen also gut für einen solchen zwangsläufigen Umschwung gewappnet hat, kann ökonomisch und moralisch betrachtet für sich und seine Mitmenschen nichts Besseres tun, als offen darüber zu sprechen.

#### **RALPH BÄRLIGE**

wurde 1986 in München geboren. Er ist Masterand der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Passau, wo er auch Prüfungen in klassischer Logik und Philosophie abgelegt hat. Er war von 2007 bis 2009 im Produkt- und Portfoliomanagement der quirin bank AG in Berlin tätig, wo er durch den Chefanalysten Claus Vogt die Österreichische Schulde der Ökonomie kennenlernte. Über Erfahrungen in der Industrie verfügt er durch Praktika für ein mittelständisches Chemieunternehmen und die Linde AG. Als Erasmus-Stipendiat absolvierte er das Wintersemester 2010/2011 an der Université d'Angers in Frankreich, wo er an den Vorlesungen von Professor Jörg Guido Hülsmann teilnahm. Er leitet den Hayek-Gesprächskreis der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V. an der Universität Passau und publiziert regelmäßig für „eigentümlich frei“, „Smart Investor“, „GoldSeiten“ und den Blog des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung. Zur Euro-Problematik äußerte er sich auch auf rtve/ Canal 24 im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Spaniens. Derzeit macht er ein Praktikum im Bundestag und Finanzausschuss der Bundesrepublik Deutschland für das Abgeordnetenbüro von MdB Frank Schäffler.